

Institut für Zeitgeschichte München - Berlin
- Archiv -

Weber, Helene

ED 160

- Repertorium und Register -

Bestandsbeschreibung

Weber, Helene

Vita: Helene Weber, am 17. April 1881 in einer katholischen Lehrersfamilie in Elberfeld geboren, besuchte die Lehrerinnenbildungsanstalt in Aachen und war anschließend als Lehrerin in ihrem Heimatort und dem Industrieort Essen-Haaren tätig; hier wurde sie zum erstenmal mit der sozialen Lage der Arbeiterfamilien konfrontiert. Neben dem Schulunterricht bereitete sie sich auf den Hochschulbesuch vor und studierte dann in Bonn und Grenoble Geschichte, Soziologie, Philosophie und Französisch. Nach Ablegung des Examens für das höhere Lehrfach unterrichtete sie in Bochum und Köln. Ihrem sozialpolitischen Interesse und ihrem Engagement in Frauenfragen entsprechend übernahm sie 1917 die Leitung der von ihr mitbegründeten sozialen Frauenschule (Wohlfahrtsschule) des Katholischen Deutschen Frauenbundes, deren Sitz sie 1918 von Köln nach Aachen verlegte. 1919 wurde Helene Weber in das Preußische Wohlfahrtsministerium berufen, wo man ihr die Aufgabenbereiche Wohlfahrtsschulen, Jugendpflege und Jugendbewegung übertrug. Zusätzlich war sie als Dezernentin für die westlich besetzten Gebiete tätig. Die Ernennung zur Ministerialrätin erfolgte 1920. Helene Weber übernahm außerdem den Vorsitz des Vereins katholischer Sozialbeamtinnen und stand dem Frauenbund als 2. Vorsitzende vor.

Als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Zentrumspartei, deren Frauenbeirat sie ebenfalls leitete, wurde sie 1919 in die Weimarer Nationalversammlung berufen, wo sie als einzige der Zentrumsvertreter gegen den Versailler Friedensvertrag stimmte. Als Zentrumsabgeordnete 1921-1924 im Preußischen Landtag und von 1924-33 im Reichstag wirkte sie an den großen sozialreformerischen Gesetzeswerken der Weimarer Zeit, wie dem Jugendfürsorgegesetz, mit. Aufgrund ihrer politischen Aktivitäten wurde Helene Weber nach der Machtübernahme 1933 fristlos entlassen; sie konnte sich bis 1945 nur mehr in der privaten Wohlfahrtspflege betätigen.

Nach dem Zusammenbruch widmete sich Helene Weber zunächst der Neuorganisation des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen, dessen Vorsitz sie erneut übernahm. Kurz nach der Lizenzierung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge wurde sie auch in dessen Vorstand berufen. Auf der politischen Szene entschied sich Helene Weber trotz der früheren Bindung an das Zentrum für den Eintritt in die CDU, um im Rahmen effektiverer parteipolitischer Arbeit eines ihrer Hauptanliegen, die Aktivierung des politischen Bewusstseins der Frauen unter christlichem Aspekt, verwirklichen zu können. 1946 erfolgte ihre Berufung in den Zonenbeirat der britischen Zone, Hamburg. Einsatz für die Lösung sozialer Probleme und christlich-ethisches Verantwortungsbewusstsein kennzeichnen auch hier ihre Tätigkeit, vor allem im Wohlfahrtsausschuss und im Unterausschuss Rundfunk, dessen Vorsitz sie übernahm.

1946/1947 vertrat Helene ihre Partei im ernannten Landtag von Nordrhein-Westfalen, 1948/1949 im Parlamentarischen Rat; ab 18. August 1949 kam sie für den Wahlkreis Aachen-Stadt in den Bundestag, 1953 und 1957 erhielt sie ihr Mandat über die Landesliste. In der 1. Wahlperiode war sie in den Ausschüssen für gesamtdeutsche Fragen, für Lastenausgleich und für Beamtenrecht vertreten, in der 2. Wahlperiode in den Ausschüssen für Rechtswesen und Verfassungsrecht und für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, in der 3. Periode im Rechtsausschuss. Ihr besonderes Interesse galt stets der Jugend- und Sozialgesetzgebung.

Seit 1950 fungierte Helene Weber als Stellvertretende Abgeordnete bei der Beratenden Versammlung des Europarats. Sie nahm dort auch die Funktionen eines Stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Sozialfragen und eines Mitglieds des Unterausschusses für Wohnungsfragen wahr.

Neben der parlamentarischen Tätigkeit widmete sich Helene Weber innerhalb der Parteiarbeit dem Ziel der Zusammenfassung und damit der verstärkten Einflussnahme der politisch aktiven Frauen. So war sie nach der Wahl in das Plenum der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU im Juli 1947 Mitinitiatorin der Bildung des Frauenausschusses der Arbeitsgemeinschaft und übernahm auch dessen Vorsitz. Anfang Mai 1948 konstituierte sich der Frauenausschuss als Frauenarbeitsgemeinschaft, die sich in den folgenden Jahren in einer Reihe von Tagungen mit aktuellen politischen Fragestellungen profilierte.

Zum Freundeskreis Helene Webers, der teils aus gemeinsamen Studienjahren, teils aus der parlamentarischen Arbeit, den Jahren im Preußischen Wohlfahrtsministerium u. den verschiedenen Verbandstätigkeiten stammte, zählte auch Elly Heuss-Knapp, auf deren Wunsch hin sie die Nachfolge in der Leitung des Müttergenesungswerkes übernahm.

Helene Weber starb am 25. Juli 1962 in Bonn.

Zum Bestand: Das breite Spektrum des politischen und vor allem sozialen Engagements dokumentiert sich im vorliegenden Bestand, der allerdings nur Unterlagen nach der NS-Zeit umfaßt. Es handelt sich in der Hauptsache um Original-Korrespondenz u. zusätzliche Materialien, meist in Form von Abschriften, Umdrucken, Verbands- und amtlichen Schriften. Bei der Strukturierung des Bestandes wurde die ursprüngliche Ablageform nach Tätigkeitsgebieten weitgehend beibehalten. Da Helene Webers Aufgabengebiete auf parlamentarischer, parteipolitischer und sozialer Ebene sowohl durch Heterogenität wie durch Interdependenz gekennzeichnet waren, ergeben sich zuweilen personelle und thematische Überschneidungen (sie sind soweit nötig durch Verweise abgedeckt). So reflektieren sich Aktivitäten einzelner Arbeitsfelder auch oder nur in den Unterlagen anderer Gebiete; z. B. ist Helene Webers Tätigkeit als Landtagsabgeordnete nicht durch einen eigenen Bestand belegt, sondern schlägt sich unter anderem in den Bereichen Fürsorge und Frauenausschuss oder im Faszikel über die Rednertätigkeit

nieder.

Die nachgelassenen Papiere lagerten nach dem Tod Helene Webers in den Kellerräumen des Frauenbundhauses Essen, Hedwig-Dransfeld-Platz 2, und wurden dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte von der Freundin Helene Webers, Frau Ministerialrätin Louise Bardenhewer, 1965 überlassen. Die Abgeberin machte keine Auflagen.

Gesamtlaufzeit: 1918-1980

Bestandsnutzung: Die Einhaltung der Autoren- und Personenschutzrechte obliegt den Nutzer/innen. Auf die jeweils gültige Benutzungsordnung des Archivs wird verwiesen.

Sozial-Karitativ Fürsorgeverein

Bestellsignatur:
ED 160 / 1

**Titel: A. Korrespondenz und Materialien aus den
Tätigkeitsbereichen Helene Webers
I. auf sozialem Gebiet, I**

Laufzeit:
1919 -1948

**Enthält: 1. im Deutschen Verein für öffentliche und private
Fürsorge (Fürsorgeverein):**

a) Korrespondenz (und Unterlagen), (chronologisch) 1945-1952:

mit (meist dem Vorsitzenden Dr. Polligkeit) oder betreffend
Fürsorgeverein: Vereinsangelegenheiten, allgemeine Notlage,
Vorschläge zur Sozialgesetzgebung u.a. 1945-1948 unter
anderem: zwei ärztliche Berichte der Kruppschen
Krankenanstalten, Gewerbehygienische Untersuchungsstelle
der medizinischen Klinik, Essen vom 10. September 1945 und
Juli 1946 über den Gesundheitszustand der arbeitenden
Bevölkerung im Ruhrbezirk (Herbst 1945) bzw. von 1059
Arbeitern und Angestellten im Juli 1946;
Bericht an den Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes,
e.V., vom 17. Oktober 1946: Der Fall Deutschland.
Beobachtungen über das Leben der Gesellschaft in
Deutschland und Anregungen zur Selbstordnung, Dazu:
Proklamation des Zentralrats an alle Völker zur brüderlichen
Hilfe [November 1945];
Vorschlag an den Wohlfahrtsausschuss des Länderrats
betreffend Änderung der Bestimmungen des
Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes über Gestaltung der
Jugendämter und der Landesjugendämter vom 08. November
1946;
Niederschrift von Vereinsvorstandsmitglied Oberbürgermeister
a.D. Dr. Baum über die Neugestaltung der
Jugendwohlfahrtsbehörden vom 19. Dezember 1946;
Schreiben Fürsorgeverein vom 16. Januar 1947: Lizenzierung
des Vereins in der britische und amerikanische
Besatzungszone;
Schreiben des Fürsorgevereins vom 21. April 1947 und Helene
Webers vom 28. April 1947: Notwendigkeit einer deutschen
gesetzgebenden Zentralinstanz in der Sozialgesetzgebung,
Unmöglichkeit, die Ländergesetze zu koordinieren;
Schreiben des Fürsorgevereins vom 09. Juli 1947: Wahl
Helene Webers in den Vorstand des Vereins;
Schreiben von Haus Altenberg, Bischöfliche Hauptstelle für
katholische Jugendseelsorge und Jugendorganisation in den
deutschen Diözesen: Einladung zur Studienwoche über soziale
Probleme in der Jugendarbeit vom 05.-11. August 1947 im
Dominikanerkloster Walberberg, Mit Anlagen betreffend
Studienwoche;
Schreiben des Fürsorgevereins vom 26. September 1947: Bitte
an Helene Weber um Rückäußerung zu beigelegter Eingabe
des Vereinsvorstandes an den Exekutivausschuss des
Wirtschaftsrats betreffend die äußerste Notlage der deutschen
Bevölkerung;
Denkschrift des Fürsorgevereins, Verfasser Ministerialrat C.L.

Krug, Nidda, vom 30. September 1947: Vorschläge zu einer Fürsorgerechtsreform;

Bericht der Krupp-Altenhof-Krankenanstalten, Hygienische Untersuchungsstelle der Medizinischen Klinik, Essen, im März 1948, über die Ernährungslage in den vereinigten Westzonen Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebiets, Stand vom 01. März 1948;

Niederschrift eines Kurzvortrags (Helene Weber), Essen, vom 20. Mai 1948, über Unterernährung und Unterversorgung der Bevölkerung;

Schreiben Fürsorgeverein vom 30. Juli 1948: Finanzielle und personelle Situation des Vereins nach der Währungsreform.

Anlagen: Niederschriften über Besprechungen der Freien Vereinigung zur Aussprache über Auswirkungen der Währungsumstellung in Frankfurt am Main am 12. und 26. Juli 1948;

Eingabe des Fürsorgevereins und des Deutschen Städtetages an den Verwaltungsrat des Wirtschaftsrates der Vereinigten Wirtschaftsgebiete [VWG] vom 12. November 1948: Gutachten zum Sofortprogramm im Rahmen des Lastenausgleichs; Hier auch: Satzungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., beschlossen in der Mitgliederversammlung am 16. Oktober 1919 in Berlin, abgeändert in der Mitgliederversammlung am 27. Oktober 1921 in Weimar;

Einladungen, Tagungsprogramme, Protokolle von Sitzungen des Fürsorgevereins:

Mitgliederversammlung am 16.-18. Juni 1947 in Rothenburg ob der Tauber, Vorstandssitzung am 28. August 1947 in Rüdesheim, Vorstandssitzung [1948] in Heidelberg, Vorstandssitzung am 08. Juni 1948 in Rothenburg ob der Tauber, Vorstandssitzung am 11. August 1948 in Rüdesheim, Vorstandssitzung am 23. Oktober 1948 in Heidelberg, Vorstandssitzung am 06. Dezember 1948 in Stuttgart, Vorstandssitzung am 07. Dezember 1948 in Stuttgart.

Bestellsignatur:
ED 160 / 2

Titel: auf sozialem Gebiet, II

Laufzeit:
1947 -1949

Enthält: Korrespondenz (und Unterlagen), (chronologisch), 1949-1952:
Eingabe (Entwurf) des Vorstandes des Fürsorgevereins an den Parlamentarischen Rat vom 23. März 1949: Erwünschte Vorrangstellung des Bundes im Hinblick auf die öffentlichen Fürsorge;
Schreiben des Fürsorgevereins an Helene Weber vom 29. September 1949: Abgrenzung der Zuständigkeiten des BMI und des BMA Zweifel an der Notwendigkeit eines Arbeitsministeriums, Personelle Fragen betreffend Bundesanstalt für Arbeit, Hier auch: Korrespondenz Helene Weber mit Familie Helmig und Brief Heinrich Brünings (Abschrift) an Familie Helmig: Hilfsaktionen Brünings in den USA zugunsten der deutschen Bevölkerung, Lebensumstände Brünings;
Einladung zur Vorstandssitzung am 25. März 1949 in Frankfurt/Sachsenhausen, Protokoll der Vorstandssitzung am 28. März 1952 in Bonn;

b) Sachbetreff: Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag e.V. (AFSET), Hannover, vom 15. Januar-12. August 1948, unter anderem:
Niederschrift über die Tagung des AFSET am 17.-19. September 1947 in Hannover-Munden;
Schreiben Dr. Hobbing, Stadtjugendamt Braunschweig, vom 22. Juli 1948 mit Niederschrift zur Umfrage des AFSET über die Gewinnung der Öffentlichkeit für Jugendwohlfahrtsarbeit.

Müttergenesungswerk

Bestellsignatur:
ED 160 / 3

Titel: auf sozialem Gebiet, III

Laufzeit:
1947 -1947

Enthält: 2. Als Vorsitzende der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung (Müttergenesungswerk):

Korrespondenz und Unterlagen 1947: Spendentätigkeit von Firmen; Unterstützungsgesuche.

Zentrum/ CDU Allg. u. Wahlkampf

Bestellsignatur:
ED 160 / 4

Titel: II. Tätigkeit Helene Webers auf parteiamtlichem Gebiet, I

Laufzeit:
1946 -1950

Enthält: 1. als Parteirednerin:

a) Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein (alphabetisch, nach Korrespondenz-Teilnehmern), 1946-1950:
mit CDU-Geschäftsstellen, Organisationen und führenden Persönlichkeiten betreffend Rednereinsatz Helene Webers bei Veranstaltungen der CDU, katholischer Verbände und Vereine und ähnliches, vorwiegend Wahlkundgebungen, unter anderem: Korrespondenz mit Dr. Konrad Adenauer, Vorsitzender des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone, vom 29. Juli und 03. August 1949: Zurückweisung des Vorwurfs, sich nicht genügend für Wahlversammlungen zur Verfügung gestellt zu haben; beschwichtigende Antwort Adenauers, Dazu: Schreiben des Vorsitzers des Verwaltungsrates, Dr. Pünder, an Adenauer vom 26. Juli 1949 (nachrichtlich an Helene Weber): Zurückweisung des in gleicher Sache gegen Pünder erhobenen Vorwurfs.

Bestellsignatur:
ED 160 / 5

Titel: Partei, II

Laufzeit:
1946 -1950

Enthält: b) Korrespondenz betreffend regionalen Wahleinsatz (teils nur vorgesehene Veranstaltungen; alphabetisch nach Orten) 1946-1950, hier: A - K:

Aachen; Bad Godesberg; Berlin; Bielefeld; Bocholt; Bochum; Bremen; Clausthal-Zellerfeld; Cloppenburg; Detmold; Dinslaken; Dortmund; Duisburg; Emmerich; Emsdetten; Essen; Euskirchen; Frankfurt am Main; Freiburg im Breisgau; Fulda; Geldern/Kevelaer; Gelsenkirchen; Göttingen; Greven; Hagen; Hamburg; Hamm; Hannover; Heidelberg; Heisingen; Herne; Hildesheim; Holsterhausen; Holzminden; Iserlohn; Karlsruhe; Kiel; Kleve; Köln; Königswinter; Krefeld.

Bestellsignatur:
ED 160 / 6

Titel: Partei, III

Laufzeit:
1946 -1950

Enthält: Korrespondenz betreffend regionalen Wahleinsatz (teils nur vorgesehene Veranstaltungen; alphabetisch nach Orten) 1946-1950, hier: L-W:

Langendreer; Lemgo; Lünen; Mainz; Marburg; Minden; Moers; Mülheim an der Ruhr; Münster; Münster-Land; Northeim; Oberhausen; Recklinghausen; Remagen; Remscheid; Rheine; Rheinhausen; Rheydt; Rüsselsheim; Siegen; Solingen; Speyer; Spreda; Steele; Steinfurt; Stolberg; Stuttgart; Süchteln; Trier; Wanne-Eickel; Werne/ Bockum-Hövel; Wesel; Wiesbaden; Würzburg; Wuppertal;

c) Materialien zum Wahleinsatz (unter anderem handschriftlicher Terminkalender November 1948-Dezember 1950).

Bestellsignatur:
ED 160 / 12

Titel: Partei, IX

Laufzeit:
1946 -1949

Enthält: 3. Verhältnis Deutsche Zentrumspartei - CDU:

Korrespondenz (und Unterlagen), (chronologisch) 1946-1949:
Text einer Rede G. Heinemann am 31. März 1946 in Essen bei CDU-Kundgebung: Politischer Zusammenschluss der Christen beider Konfessionen in der CDU (maschinenschriftliche Druckschrift);
Flugblatt der Zentrumspartei, verteilt in Westfalen im September 1946: Polemik gegen CDU, insbesondere gegen "CDU-Wanderrednerin" [M.] Sevenich [maschinenschriftliche Abschrift];
Flugblatt der CDU zu den Stadtverordnetenwahlen in Düsseldorf am 13. Oktober 1946;
[von CDU-Seite angefertigtes] Protokoll der Sitzung Dr. Spieker mit den Geistlichen von Oberhausen am 13. Januar 1947: Basis und Ziele der Zentrumspartei, Profil als interkonfessionelle Partei der Mitte;
Schreiben der Zentrums-Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalen Helene Wessel an Helene Weber vom 12. April und 08. Mai 1948: Möglichkeiten gemeinsamer politischer Arbeit;
Schreiben Landgerichtspräsident Laarmann, Vorsitzender des Katholiken-Ausschusses in der Stadt Essen, an Helene Weber vom 20. April 1948: Bedauern über Nichtteilnahme Helene Weber an Besprechung der Laienvorsitzenden katholischer Vereine und Verbände der Stadt Essen zum Zweck einer Verständigung zwischen Zentrum und CDU, Anlage: Erklärung katholischer Laienführer zur Frage CDU - Zentrum - Absageschreiben Helene Weber vom 19. April 1948 betreffend obige Besprechung und vom 30. April 1948 betreffend Unterzeichnung obiger Besprechung, Einladung an Helene Weber zu weiterer Besprechung, Einladung der CDU-Kreispartei Kempen-Krefeld an Helene Weber vom 13. September 1948, in Süchteln, "einer Hochburg des Zentrums", zu sprechen;
Schreiben H. Grundel an Helene Weber vom 30. Dezember 1948: Niederlage der CDU bei niedersächsischen Landtagswahlen und Ermöglichung einer Koalition Zentrum-SPD im Landkreis Vechta Folge mangelnder politischer Aufklärungsarbeit der CDU; Einladung an Helene Weber, bei Großkundgebung in Vechta zu sprechen;
Rundschreiben Fritz Stricker, Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei, an die Geistlichkeit vom 12. März 1949: Beschluss des Hauptvorstandes vom 06. März 1949 bezüglich der Verankerung des Elternrechts im Schulartikel des Grundgesetzes - Anlage: Niederschrift "Die Niederlage von Bonn", d.h. Nichtwahrung der weltanschauliche Interessen der beiden christliche Konfessionen durch den Parlamentarischen Rat infolge des "Versagens" der CDU/CSU;
Schreiben Blankenhorn, Präsident des Parlamentarischen Rats, an Helene Weber vom 23. Juni 1949: Übermittlung der Bitte Adenauers um Helene Webers Stellungnahme zu Anlagen:
Schreiben Strickers an Adenauer vom 10. März 1949 - Missbrauch der ehemaligen Geschäftsstelle der Zentrumspartei in Essen als CDU-Propagandastelle gegen Zentrum - und vom 17. Juli 1949 - Zweifel an der Möglichkeit einer Versachlichung

des Wahlkampfes, Zu letzterem Schreiben als Anlagen zwei Schreiben Stricker an Domkapitular Prälat Böhler vom 14. Juni und 16. Juni 1949;

Schreiben Helene Weber an Ministerpräsident Arnold vom 11. März 1949: Mitteilung von "beachtenswerter Seite", dass spätere Verschmelzung von Zentrum und CDU durch Übernahme vom Zentrum ausgeschlossener Mitglieder in die CDU möglicherweise gefährdet, Dazu: Korrespondenz mit "Schwester Maria" vom 23. Februar-11. März 1949, die diese Befürchtungen äußerte;

Korrespondenz mit K. Bourscheidt, Kreisparteigeschäftsführer CDU/ Kreispartei Oberhausen, vom 21.-30. März 1949: Widerlegung der Vorwürfe der Zentrums Politikerin Helene Wessel, CDU habe sich in den Beratungen des Grundsatzausschusses über § 218 unzuverlässig verhalten, Hier auch: "Hauptpunkte aus der Rede von Helene Wessel vom 04. März 1949";

Schr. CDU/ CSU-Fraktion an Abgeordneten A. Fink vom 11. Mai 1949: Bitte, den von ihm im Auftrag der Fraktion im Plenum des Parlamentarischen Rats vertretenen Standpunkt zur Frage des Elternrechts, des Religionsunterrichts und der Bremer Klausel wegen entstellender Pressemeldungen des Zentrums klarzustellen, Dazu: Artikel Finks: "Ein Wort an das Zentrum";

Schreiben C. Egbring an Helene Weber vom 15. Mai 1949: Bitte, in den Kreisen Vechta und Cloppenburg zu sprechen, um den vom Zentrum erhobenen Vorwürfen zu begegnen;

Schreiben Dr. von Brentano, Fraktionsvorsitzender CDU/ CSU, an A. Pfeiffer, H.W., L. Lensing und A. Finck vom 19. Mai 1949: Anerkennung Pater Ivo Zeiger für die von der CDU/ CSU erreichte Verankerung kulturpolitischer und kulturelle Rechte im Grundgesetz;

Schreiben K. Adenauer (Durchschrift an Helene Weber) an Domkapitular Wohlgemuth, Hauptarbeitsstelle für Männerseelsorge in den deutschen Diözesen, Fulda, vom 06. Juni 1949: Hinweis auf stetige Anstrengungen der CDU zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum und dessen fehlender Kooperationswillen;

Schreiben Dr. Wegener vom Christlich-Demokratischen Pressedienst (CDP), Union-Presse, an Helene Weber vom 07. Juni 1949: Korrektheit und Hintergründe der CDP-Meldung über Äußerungen Helene Wessels, auf Verankerung der Grundrechte in der Verfassung zu verzichten und das Grundgesetz als bloßes Organisationsstatut anzulegen; Dazu: Meldung der CDP vom 07. Juni 1949: "Zentrumsabgeordnete [Helene Wessel] gegen Bischof Keller";

Schreiben Gausepohl, Kreisgeschäftsführer CDU-Kreis Warendorf, an H. Weber [von Juni 1949]: Geringer Erfolg der Zentrums-Kundgebung im Kreis Warendorf, Anlage: Bericht "der hiesigen Zentrumszeitung" über die Kundgebung mit Wiedergabe der Ausführungen des Zentrums-Vorsitzenden Stricker;

Schreiben E. Schmalz, CDU-Zonenausschuss für die britische Zone, an Helene Weber vom 24. Juni 1949: Bedingungen der Zentrumspartei für die Annahme einer Vereinbarung zwischen CDU und Zentrum für den Bundestagswahlkampf kaum erfüllbar, Bemühungen um eine persönliche Unterredung Adenauer - Stricker, Anlage: Entwurf für erwähnte

Vereinbarung;
Schreiben L. Lensing an Helene Weber vom 21. Juni 1949:
Beantwortung einer Beschwerde von G.R. Brinkmann u.a.
betreffend Verhalten der CDU-Vertreter bei Abstimmung über
Elternrecht und § 218 im Parlamentarischen Rat, Anlage:
Schreiben Brinkmann an Westfälische Nachrichten vom 11.
Juni 1949 und Schreiben Lensing an B. vom 21. Juni 1949 -
Schreiben Helene Weber an Lensing vom 22. Juni 1949 und an
Brinkmann vom 22. Juni 1949: Eintreten der CDU-Vertreter für
das volle Elternrecht;
Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauen, Köln,
an K. Adenauer vom 24. Juni 1949: Hoffnung auf Vertretung
des christlichen Volkes in einziger Partei; Bitte, Frauen in
angemessener Zahl an sicherer Stelle als
Bundestagskandidatinnen aufzustellen (Schluß des Briefes
fehlt) - Zustimmendes Antwortschreiben Adenauer vom 30.
September 1949;
Schreiben Domkapitular W. Böhler an Helene Weber vom 04.
August 1949: Besorgnis über Verhältnis CDU/ Zentrum;
Bedauern über zögerndes Verhalten Adenauer.

Frauenausschuss CDU/ CSU

Bestellsignatur:
ED 160 / 7

Titel: Partei, IV

Laufzeit:
1948 -1951

**Enthält: 2. als Vorsitzende des Frauenausschusses der
Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands bzw.
der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU und CSU
Deutschlands und des Bundes-Frauenausschusses der
CDU:**

a) Korrespondenz mit der Geschäftsführerin des
Frauenausschusses bzw. der Arbeitsgemeinschaft, Stephy
Roeger, Stuttgart, vom 30. November 1946-23. Juni 1951, unter
anderem:
Protokolle und andere Unterlagen zu Tagung der Frauen der
CDU/CSU aller Zonen am 14. Februar 1948 in Frankfurt am
Main;
Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands
am 01. Mai 1948 in Frankfurt am Main;
Tagung des Frauenzonenausschusses der CDU unter
Heranziehung der Vertreterinnen der
Reichsarbeitsgemeinschaft der Frauenausschüsse aller Zonen
am 19./20. April 1949 in Recklinghausen;
Tagung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am
25./26. Februar 1950 in Königswinter;
Erste Sitzung des Bundes-Frauenausschusses der CDU am
22./23. September 1951 in Königswinter;
Mitgliedslisten und Anschriftenmaterial.

Bestellsignatur:
ED 160 / 8

Titel: Partei, V

Laufzeit:
1946 -1951

Enthält: b.) Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein
(alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmer) 1946-1951:

vorwiegend mit CDU-Parteistellen, Ausschussmitgliedern,
betreffend Bildung und Besetzung der Ausschüsse,
Organisationsfragen, Tagungen; politische Aktivität der Frauen,
Gleichberechtigung, Stellenbesetzungen,
Flüchtlingsangelegenheiten, Kriegsgefangenenfrage,
Familienrecht, allgemeine Notlage, hier: A, unter anderem:

Korrespondenz mit **Konrad Adenauer** vom 22. Januar
1948-04. März 1949: Leitung des Frauenausschusses für die
britische Zone bzw. der Frauenarbeitsgemeinschaft durch
Helene Weber, Entsendung von Frauen in den Wirtschaftsrat;
Stellungnahme zu den Beschwerden der "Kölnischen
Rundschau" und der "Westfalenpost" über die Behandlung der
Presse auf der Tagung in Recklinghausen, - siehe auch
Korrespondenz Teusch, Westfalenpost;
Schreiben (Abschrift, Umdruck) des **Ministerpräsidenten
Amelunxen** an den 1. Vorsitzenden der CDU in Westfalen,
Johannes Gronowski, vom 01. Mai 1947: Zurückweisung durch
Gronowski verbreiteter Anschuldigungen, Dazu: Texte von 5
Ansprachen, Abschrift 1946/1947;
Korrespondenz mit der **Arbeitsgemeinschaft der CDU und
CSU Deutschlands**, Sekretariat, Frankfurt am Main, vom 11.
September 1947-24. Oktober 1950: Berufung der Mitglieder des
Frauenausschusses; Konstituierung der
Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU aller Zonen am 01.
Mai 1948 in Frankfurt am Main;
Tagung der Association Internationale Sociale Chretinne (AISC,
Internationale Christliche Soziale Vereinigung) am 03.-05. Juni
1950 in Rom; Teilnehmerliste, Programm, Referate, mit
Einladungsschreiben der KAB an Helene Weber.

Bestellsignatur:
ED 160 / 9

Titel: Partei, VI

Laufzeit:
1946 -1951

Enthält: Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein
(alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmer) 1946-1951,
hier: B-C, unter anderem:

Bund Christlicher Sozialisten: Materialien 1947: Verfassung,
Programm, Tagungseinladungen;
Schreiben **Bundesministerium des Innern** vom 18. Dezember
1950: Einladung an Weber als Vorsitzender des
Bundes-Frauenausschusses der CDU zu für Anfang 1951
geplanter Aussprache der zentralen Frauenorganisationen,
weiblicher Bundestags-Abgeordneter und
Bundesbehörden-Referentinnen über Frauenfragen, Mit
Anlagen, unter anderem Verzeichnis der Referentinnen und
Hilfsreferentinnen bei den Obersten Bundesbehörden;
"Die **CDU** und die Frauen", Manuskript, o.A.;
Unterlagen **CDU-Essen - Frauenausschuss** (Vorsitz: Weber)
vom 04. März 1946-25. Mai 1950: Sitzungsprotokolle,
Anschriftenverzeichnisse;
Unterlagen der **CDU-Hauptgeschäftsstelle Berlin** zu 2.
Jahrestag der CDU für Berlin und die Ostzone vom 06.-08.
September 1947 in Berlin, unter anderem: Einladungsschreiben
Kaiser vom 11. August 1947; Arbeitsbericht der Union;
Richtlinien der CDU für die Zusammenarbeit mit den anderen
Parteien der Ostzone vom 12. Juli 1947; Entwurf einer
Entschließung der Frauenarbeitsgemeinschaft, sich nicht an
politische Frauenorganisationen zu binden;
Anschriftenverzeichnisse, z.B. der Presse der CDU in Berlin
und den vier Besatzungszonen;
Korrespondenz mit **CDU-Zonenausschuss** für die britische
Zone, Köln, vom 28. Juni 1946-10. Mai 1950: Organisation und
finanzielle Unterstützung des Frauenausschusses, der
Frauenarbeitsgemeinschaft und des Zonenfrauenausschusses,
Hier auch: Berufung Weber als Vertreterin der CDU in den
Wohlfahrtsausschuss des Zonenbeirats; Protokoll der
Frauenbesprechung (Frauenausschuss) beim 2.
Zonen-Parteitag der CDU am 29. August 1948 in
Recklinghausen; Neuordnung des Zonenausschusses.

Bestellsignatur:
ED 160 / 10

Titel: Partei, VII

Laufzeit:
1946 -1951

Enthält: Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein
(alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmer) 1946-1951,
hier: D-N, unter anderem:

Korrespondenz mit **Kommunal-Politischer Vereinigung** (KPV)
der CDU Nordrhein-Westfalen, Recklinghausen, vom 01.-16.
September 1948: Beschlüsse des Propaganda-Ausschusses
[des CDU-Parteitag] Recklinghausen vom 29. August 1948,
unter anderem über Beauftragung der KPV, die Leitung des
Wahlkampfes zu übernehmen. Delegiertentagung am 24.
September 1948 mit Dr. Adenauer als Redner;
Korrespondenz mit Th. **Lang-Brumann**, München, vom 23.
Juni 1948, 27. Juni 1948, 17. Januar 1950: Besetzung
führender Positionen im Wirtschaftsrat; politische Sympathien
des Mitglieds der Frauenarbeitsgemeinschaft E.
Meyer-Spreckels mit A. Haußleiter;
Korrespondenz mit **E. Nebgen** vom 05. Mai 1947-24. Februar
1951: Bildung und Tätigkeit des CDU-Frauenausschusses
Berlin.

Bestellsignatur:
ED 160 / 11

Titel: Partei, VIII

Laufzeit:
1946 -1951

Enthält: Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein
(alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmer) 1946-1951,
hier: O-Z, unter anderem:

Korrespondenz mit **L. Rist** vom 21. und 23. August 1949:
Gravierende Auswirkungen der Mängel des Wahlgesetzes
hinsichtlich der Chancen für weibliche Kandidaten bei den
Wahlen in Württemberg, Protest Helene Weber bei Adenauer;
Korrespondenz mit **Maria Sevenich** vom 10. und 16. Dezember
1946: Gegenseitiger Wunsch nach persönlicher Begegnung,
Zusammenarbeit in Frauenfragen, Dazu: Schreiben (Abschrift)
Sevenichs an das Hauptquartier der britische Besatzungsmacht
vom 24. Oktober 1946: Gefahr der Radikalisierung bei
fortschreitender Notlage des deutschen Volkes, Ankündigung
des persönlichen Hungerstreiks, Schreiben (Abschrift),
Sevenichs an Adenauer vom 13. November 1946: Mitteilung
über Hungerstreik; Stellungnahme der JU; Schreiben M.
Furtkams vom 16. November 1946 und M. Körners vom 26.
November 1946 über Sevenichs Zustand.

Parlamentarisch Zonenbeirat

Bestellsignatur:
ED 160 / 13

**Titel: III. Tätigkeit Helene Webers auf
parlamentarischem Gebiet, I**

Laufzeit:
1947 -1948

Enthält: 1. Zonenbeirat der britischen Zone:

a) Korrespondenz (und Unterlagen) mit Deutschem Sekretariat des Zonenbeirats, Hamburg, vom 18. Juni 1947-05. Juni 1948, betreffend vorwiegend Organisationsfragen;

b) Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein (alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmern), 1947, 1948, mit amtlichen und CDU-Parteistellen, Parteifreunden, Organisationen und Verbänden und ähnlichen betreffend Pressewesen, Film- und Funkprobleme, Theater- und Musikleben, Jugend- und Schulfragen, Studienstiftung des deutschen Volkes, Gesundheitswesen, Wirtschaftsfragen, unter anderem:

Schreiben Dr. **Adenauer**, Vorsitzender der CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen, an die Mitglieder des Zonenbeirats der CDU und deren Stellvertreter, darunter Helene Weber, vom 03. Oktober 1947: Allgemeine Rüge wegen unentschuldigtem Fernbleiben von Mitgliedern bei Zonenbeiratssitzungen;

Schreiben (Abschrift) des **Bischofs von Rottenburg** an General Widmer, Gouverneur Militär, Tübingen, vom 31. Juli 1948: Bitte um Vermeidung der Total-Demontage der Uhrenfabrik in Mühlheim/ D., mit Erklärungen der dortigen Geistlichkeit und Bittschrift der Bevölkerung;

Korrespondenz Oberbürgermeister **W. Bitter**, Recklinghausen, von 13. Juni 1947-28. Mai 1948: Eintreten für Kulturausschüsse auf Länder-, nicht zentraler Ebene, Presseausschüsse und Lizenzpresse als Gegner des angestrebten freien Presserechts; Korrespondenz mit Ministerialrat **Dr. Busley** im

Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, vom 01. Dezember 1947-04. Juni 1948: Frage nach anstehenden Beratungsthemen, Filmangelegenheiten, Hier auch Denkschrift "Anbietungs- und Lieferpflicht der Sortimenter und Verleger an öffentliche Bibliotheken und Büchereien";

Korrespondenz mit **J.F.V. Deneke**, Evangelischer Presseverband für Deutschland: Auswahl der Mitglieder der auf Anordnung der britische Militärregierung gebildeten Beratenden Länderausschüsse und der Zonenausschüsse;

Korrespondenz mit **Kirchlicher Hauptstelle** für Bild- und Filmarbeit in den deutschen Diözesen, Köln, Direktor Anton Kochs, vom 06. Dezember 1947-29. März 1949: Bewertung von Filmen nach religiös-sittlichen Grundsätzen, Jugend und Film, Filmzensur und Selbst-Kontrolle, Gründung des Katholischen Lichtspielverbands -Tagesordnung der vom Evangelischen Presseverband für Deutschland veranstalteten Filmkonferenz in Salzdetfurth vom 22.-26. April 1948;

Korrespondenz mit **Hermann Schäfer**, Mitglied des Zonenbeirats, vom 08.-18. Mai 1948: Stand und Ausbau des Volksbildungs- und Zeitungswesens als Thema im

Kulturpolitischen Ausschuss;
Schreiben Sozialminister **des Landes Nordrhein-Westfalen**,
Abteilung Jugendwohlfahrt vom 08. Januar 1948: Erlass eines
Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und
Verordnung über Arbeitserziehung, Anlagen: Gesetzes- und
Verordnungs-Entwurf.

Bestellsignatur:
ED 160 / 14

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, II

Laufzeit:
1947 -1947

Enthält: c) Protokolle des Zonenbeirats, hier:

10. Sitzung (29./30. Januar 1947), Anlagen: Stellungnahmen
der britischen Kontrollkommission zu einzelnen
Protokollpunkten und auch zu vorhergehenden
Sitzungsprotokollen;
11. Sitzung (29./30. April 1947).

Bestellsignatur:
ED 160 / 15

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, III

Laufzeit:
1947 -1947

Enthält: Protokolle des Zonenbeirats, hier:
12.-14. Sitzung (11./12. Juni 1947, 08./09. Juli 1947, 09.-11.
September 1947).

Bestellsignatur:
ED 160 / 16

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, IV

Laufzeit:
1947 -1947

Enthält: Protokolle des Zonenbeirats, hier:
15. Sitzung (15./16. Oktober 1947), Mit Liste der in der Bizone
zu demontierenden deutschen Fabrikanlagen und verschiedene
Erklärungen von deutscher und alliierter Seite dazu;
16. Sitzung (12./13. November 1947).

Bestellsignatur:
ED 160 / 17

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, V

Laufzeit:
1948 -1948

Enthält: Protokolle des Zonenbeirats, hier:
18. und 19. Sitzung (14./15. Januar 1948, 25./26. Februar 1948), Mit Referaten Ernst Wilhelm Meyer: Braucht Deutschland eine 2. Kammer? Die Frage der Sanktionen bei Konflikten zwischen Bundesstaat und Ländern; Vorlage des Generalsekretärs des Zonenbeirats über die verbleibenden Aufgaben der zonalen Zentralämter und Anpassung der Organisation der zonalen Verwendung der britischen Zone an die bizonale Verwaltung; Beschlussvorschlag des Kriegsgefangenen-Ausschusses für die 19. Sitzung.

Bestellsignatur:
ED 160 / 18

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, VI

Laufzeit:
1947 -1948

Enthält: Protokolle des Zonenbeirats, hier:
20.-22. Sitzung (08./09. Juni 1948; 29. Juni 1948);

d) Mitglieder- und Dienststellenverzeichnis des Zonenbeirats.

Bestellsignatur:
ED 160 / 19

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, VII

Laufzeit:
1947 -1948

Enthält: 2. Zonenbeirat-Ausschüsse (in alphabetischer Reihenfolge) 1947, 1948, hier:

Sonderausschuss für Agrarreform (Materialien); Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen (Materialien), Unterausschuss für Beamtenrechtsfragen (Materialien); Entnazifizierungsausschuss (Materialien); Finanzausschuss (Materialien); Flüchtlingsausschuss (Materialien); Hauptausschuss (Sitzungsprotokoll vom 12. Juni 1947); Sonderausschuss zur Prüfung der Haushaltsübersichten (Materialien); Kriegsgefangenenausschuss (Sitzungsprotokoll vom 08. Juli 1947).

Bestellsignatur:
ED 160 / 20

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, VIII

Laufzeit:
1947 -1948

Enthält: Zonenbeirat-Ausschüsse, hier:

Kulturpolitischer Ausschuss (Protokoll der Sitzungen vom 21./22. März 1947, 20. und 22. Juni 1947, 07. Juli 1947, 15. August 1947, 09. September 1947, 30. Oktober 1948, siehe auch Zonenbeirat, Korrespondenz allgemein); Rechts- und Verfassungsausschuss.

Bestellsignatur:
ED 160 / 21

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, IX

Laufzeit:
1947 -1948

Enthält: Zonenbeirat-Ausschüsse, hier:

(Unter-)Ausschuss Rundfunk (Korrespondenz und Anlagen; alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmern), vorwiegend mit Mitgliedern des Rundfunkausschusses, CDU-Partei- und amtlichen Stellen, unter anderem:
Korrespondenz (Abschrift) Staatssekretär a.D. Hans Bredow mit Generaldirektor Greene, Broadcasting Section I & C Branch, vom 06.-30. Oktober 1947: Notwendigkeit der Einrichtung des Nordwestdeutschen Rundfunks / NWDR, Hamburg, als Zentralanstalt wegen fehlender Wellenlänge für weitere Anstalten, Nachteile der Zentralisierung Überprüfungsrecht des Rechnungshofs für Rundfunkanstalten; Verwendung der Rundfunkgebühren; Beziehung Rundfunk - Postverwaltung; Dazu: Denkschrift H. Bredow vom September 1947: über die Regelung des Rundfunkwesens in der amerikanischen Zone (Broschiert -siehe auch Korrespondenz Busley;
Niederschrift Ministerialdirektor Dr. Busley (Durchschrift an Helene Weber) vom 18. November 1947: Von Busley und Helene Weber in den im Anschluss an die Zonenbeiratsverhandlungen vom 10.-12. November 1947 geführten Rücksprachen erreichte Ergebnisse betreffend Neuorganisation des NWDR; Niederschrift betreffend VO-Entwurf über den NWDR vom 28. Oktober 1947; Hier auch: Protokoll der Besprechung zwischen der Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes / VWG, Frankfurt am Main, und Vertretern der Länder des VWG am 21. Oktober 1947 in Frankfurt am Main über die Neugestaltung des Unterhaltungsrundfunks, mit Anschreiben an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, zu Händen Busleys, vom 27. Oktober 1947;
Korrespondenz mit Wolfgang Hermann, vom 05. Oktober 1947-28. Mai 1948: Vorschlag an Adenauer, einen ständigen Rundfunkabhördienst einzurichten, um zu beanstandende Sendungen der CDU-Zonenleitung zu melden; Hintergründe der Entlassung des NWDR-Kommentators Heitmüller;
Korrespondenz mit Joseph Lansen vom 01. August 1947-20. März 1948: Bildung und Auseinandersetzungen um die Christliche Funkarbeitsgemeinschaft, Köln; Anlage: Satzung der Arbeitsgemeinschaft - Vertrauliche Berichtsprotokolle Lansens über die Sitzung des CDU-Rundfunkausschusses Nordrhein-Westfalen am 17. März 1948 in Köln;
Schreiben Bayerisches Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten, Der Staatssekretär für Post- und Fernmeldewesen, an Abgeordnete Maria Probst vom 18. März 1948: Verabschiedung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts "Der Bayerische Rundfunk" in Ministerratssitzung vom 08. März 1948; Anlagen: 2 Alternativvorschläge; Mit Anschreiben Probsts an Helene Weber vom 23. März 1948;
Denkschrift G. Prüfers, ohne Datum, über Verfassung und Programmgestaltung des NWDR, Herausgeber: Vorstand der SPD, Hannover;
Schreiben des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reichs (Britische Zone), Hamburg, vom 19. Januar

1948: Prüfungsrecht des Rechnungshofs für die Haushaltsrechnung des NWDR; Anlagen: Stellungnahme des R. zu den Entwürfen der Verordnung über den NWDR; Auszug aus dem Haushalt des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda für die Rechnungsjahre 1938 und 1942; Entwurf des Unterausschusses des Ständigen Ausschusses des Württembergisch-Badischen Landtags über die Organisation des Süddeutschen Rundfunks vom 20. Mai 1947 (ohne Verfasser).

Bestellsignatur:
ED 160 / 22

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, X

Laufzeit:
1947 -1948

Enthält: Zonenbeirat-Ausschüsse, hier:

Sozialpolitischer Ausschuss (Materialien); Wirtschaftspolitischer Ausschuss (Materialien).

Parlament. Rat

Bestellsignatur:
ED 160 / 23

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XI

Laufzeit:
1948 -1949

Enthält: 3. Parlamentarischer Rat:

a) Korrespondenz (und Unterlagen) (alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmern) 1948/ 1949, hier A-G, unter anderem:

Schreiben der **Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU**

Deutschlands, Sekretariat, vom 09. Juni 1948: Übersendung des Berichts über die Beratungen des Verfassungsausschusses der CDU/ CSU am 24./25. Mai 1948 in Düsseldorf; mit Anlagen; Schreiben **H. Berger** vom 21. und 30. September 1948: Stellungnahme zu den Verfassungsplänen, unter anderem zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Sozialbereich; - Vortragsmanuskript Berger vom 30. September 1948: Rechtspflege und Verfassung nach dem Verfassungsentwurf von Herrenchiemsee;

Korrespondenz mit **Domkapitular Böhler**, Köln, vom 14.

September 1948: Verankerung der Grundrechte in der Verfassung. Memorandum vom 17.-25. Oktober 1949: über Erziehung, Bildung, Schule in der Verfassung eines deutschen Bundesstaats; Ausführungen Böhlers in der Besprechung der Vertreter der beiden Kirchen mit Parlamentarischem Rat am 14. Dezember [1948]; Sicherung der konfessionellen Schule als Regelschule in Westfalen; Dazu: Korrespondenz Böhler (Durchschrift bzw. Abschrift) mit anderen Partnern, u.a. mit Minister Süsterhenn und von Brentano, über Verankerung christlicher Prinzipien im Grundgesetz bzw. über völkerrechtliche Weitergeltung des Konkordats; - Text einer Rundfunkansprache Böhler am 12. Juni 1949, Sender Köln; Schreiben (Umdruck) des **Erzbischofs von Köln**, Jos. Kardinal Frings, an den Präsidenten des Parlamentarischen Rats, Adenauer, vom 25. Oktober 1948: Fehlen des Elternrechts im Grundrechtskatalog, Schulfragen, Stellung der Kirche im Staat; Dazu: Schreiben (Umdruck) Erzbischof Köln an R. Lehr, Mitglied des Parlamentarischen Rats, vom 18. November 1948: Fortbestehen des Reichs- und der Länderkonkordate, Schreiben (Abschrift, Umdruck) der Leitung der Evangelischen Kirche der Rheinprovinz, Düsseldorf, an Lehr vom 21. Oktober 1948: Fortdauer der mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in den einzelnen Ländern geschlossenen Staatsverträge; Schreiben **D. Groener-Geyer** vom 23. Februar 1949: Vorteile des Mehrheitswahlrechts.

Bestellsignatur:
ED 160 / 24

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XII

Laufzeit:
1948 -1949

Enthält: Korrespondenz Parlamentarischer Rat, hier H-Z, unter anderem:

Schreiben **Hauptausschuss Gesundheitswesen** der Konferenz der Länderregierungen des Britischen Besatzungsgebietes vom 23. Oktober 1948: Notwendigkeit der Bildung einer zentralen Gesundheitsverwaltung; Anlagen: 3 Denkschriften zu obigem Thema;
Schreiben **T. Lang-Brumann**, Frauengemeinschaft CSU, München, vom 14. September 1948: Festlegung der Frauenrechte im Grundgesetz; Anlage: Protokoll der Sitzung der (VVN-nahen) Frauenarbeitsgemeinschaft für sozialen Lastenausgleich am 30. August 1948 in München;
Korrespondenz mit **Ministerialdirektor Jos. Mayer** vom 10. und 28. August 1948: Bewerbung um das Amt des Präsidenten des Bizonalen Rechnungshofs bzw. des Generaldirektors des NWDR;
Korrespondenz mit **A. Wopperer**, Geschäftsführender Direktor des Deutschen Caritasverbandes; Freiburg im Breisgau, vom 10. und 23. Januar 1949: Verbindung von Lastenausgleich und Selbsthilfe; Anlagen: 3 Denkschriften zu obigem Thema.

Bestellsignatur:
ED 160 / 25

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XIII

Laufzeit:
1948 -1949

Enthält: b) Manuskripte von Helene Weber (bzw. wahrscheinlich von Helene Weber): zu Grundgesetzfragen: Die Grundrechte, ohne Datum [unvollständig] - Vorschläge zur Formulierung der geforderten Grundrechte, ohne Datum - Zum § 218, März 1948 -Der Kampf um die Elternrechte, 13. Dezember 1948 - Kulturpolitische Fragen in den Beratungen des Parlamentarischen Rats und im Grundgesetz, 11. März 1949 - Das Elternrecht im Grundgesetz, Mai 1949;

c) Sachbetreff: "Bundeshauptstadtfrage" (Stellungnahmen, Denkschriften, Berichte).

Bestellsignatur:
ED 160 / 26

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XIV

Laufzeit:
1948 -1948

Enthält: d) Drucksachen des Parlamentarischen Rats [unvollständig (betreffend vorwiegend Sozial- und Jugendrecht), hier: 1948.

Bestellsignatur:
ED 160 / 27

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XV

Laufzeit:
1949 -1949

Enthält: Drucksachen des Parlamentarischen Rats, hier: 1949.

Bestellsignatur:
ED 160 / 28

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XVI

Laufzeit:
1948 -1949

Enthält: e) Materialien (Umdruck) außer Drucksachen (alphabetisch nach Antragstellern u.ä.): Anträge, Stellungnahmen von Parteien und Organisationen zu Grundgesetzfragen;

f) Varia (unter anderem Grundgesetzentwürfe).

Bundestag

Bestellsignatur:
ED 160 / 29

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XVII

Laufzeit:
1949 -1951

Enthält: 4. Bundestag:

a) Korrespondenz (und Unterlagen) allgemein (alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmern) 1949-1951, mit Regierungs- und Verwaltungsstellen, Parteidienststellen, Organisationen und Verbänden, Privatpersonen, betreffend Renten-, Fürsorge-, Steuerfragen, Lasten- und Soforthilfegesetz, Flüchtlingsproblem, Sozialversicherung, Unehelichen- und Adoptionsrecht, Jugendschutz, Suchtgefahren, Prostitution, Besetzung von Ministerialstellen durch Frauen und ähnliches, hier: A-K, unter anderem:

Bericht über die Sitzungen des **Arbeitskreises "Unehelichen- und Adoptionsrecht"** (Erste Vorsitzende: Helene Weber) am 04. März, 06. Mai und 21. Oktober 1950 in Köln; Hier auch Bericht von F.W. Bosch: Die Feststellung der unehelichen Vaterschaft - Bericht Staatsanwalt H. Becker vom 02. März [1949]: Die privatrechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen und ihre Auswirkung auf das geltende bürgerliche Recht;
Schreiben Bundeskanzleramt, Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten vom 05. Dezember 1950: Bildung des Deutschen Ausschusses für UNESCO-Arbeit, Ernennung Dr. Erdmanns, Universität Köln, zum Generalsekretär, Frauen als Ausschussmitglieder;
Schreiben **Bundesministerium der Finanzen**, Dr. Schäffer, vom 27. Oktober 1949: Keine einheitliche Organisation der Wohlfahrtsabteilung im Bundesministerium des Innern;
Besetzung von ministeriellen Sachreferaten durch Frauen;
Korrespondenz mit **CDU-Kreisgeschäftsstelle Essen** 25. November/07. Dezember 1949: Vorschläge zum Parteiengesetz, ausgearbeitet von W. Stürer;
Denkschrift **Deutscher Caritasverband** von November 1929: Grundsätzliches zur Reform des Unehelichenrechts
-Stellungnahme des Deutschen Caritas-Verbandes, Freiburg, vom 25. November 1949 zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung von Kindergärten des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes Hamburg, Anlage: oben genannte Entwurfs-Niederschrift des Caritasverbandes, Freiburg, über die am 11. Februar 1952 in Dortmund abgehaltene Konferenz zu einer Novelle zum RJWG;
Ergebnisse der Tagung des **Instituts zur Förderung der öffentlichen Angelegenheiten**, Frankfurt am Main, über "Bundesrecht und Bundesgesetzgebung" am 22./23. Oktober 1949 in Weinheim a.d.B.; Mit Teilnehmerliste (unter anderem Staatssekretär W. Strauss);
Korrespondenz mit **Internationalem Rat für Jugend-Aufstieg und Selbsthilfe** vom August 1949-04. März 1950: Hilfe für die Studierenden; Dazu: Satzungsentwurf des Rates;
Aufzeichnung, ohne Verfasser, vom 02. November 1950, Bonn (Abschrift): Sorge um von französischen Gerichten [wegen Kriegsverbrechen] zum Tode verurteilte ehemaliger Angehörige der deutschen Polizei.

Bestellsignatur:
ED 160 / 30

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XVIII

Laufzeit:
1949 -1951

Enthält: Bundestagskorrespondenz, hier: L-Z, unter anderem:

Denkschrift Verwaltungsschuldirektor **H.J. Nachtwey**, vom 22. September 1949, über die politische Erziehung der Jugend;
Erste Bundestagung der **Ortskrankenkassen** am 17. November 1949 in Bad Godesberg. Referate und Aussprache, in: Die Ortskrankenkasse, herausgegeben von der Vereinigung der Ortskrankenkassenverbände, Frankfurt am Main, 31. Jahrgang (1949), Nr. 12, S. 377 ff.;
Schreiben Berufsschuldirektor a.D. **H. Richter** vom 25. Oktober 1949: Unterschiedliche Durchführung und Auswirkung der Entnazifizierung hinsichtlich der Stellung und Bezüge der Beamten in den westlichen Besatzungszonen;
Schreiben der Verwaltungsgerichtsdirektorin **E. Scheffler** betreffend Haushaltsbesteuerung und Bitte um Stellungnahme zu beiliegendem Manuskript Schefflers;
Korrespondenz mit **Vereinigung der Krupp-Pensionäre**, Essen, von November 1949, mit Antrag auf Gewährung von Staatszuschüssen zur Ermöglichung der Weiterzahlung der Bezüge der Krupp-Pensionäre;
Korrespondenz mit Frau **M. Wagler**, ehemalige Gewerbeaufsichtsbeamtin, Landshut, vom 29. Oktober 1949 und 05. Januar 1950, mit Berichten über die wirtschaftliche Not der Leinweber im Grenzgebiet des Bayerischen Waldes.

Bestellsignatur:
ED 160 / 31

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XIX

Laufzeit:
1949 -1951

Enthält: b) Korrespondenz als Abgeordnete des Wahlkreises Aachen-Stadt (alphabetisch nach Korrespondenz-Teilnehmern 1949/1950 mit CDU-Parteistellen, Organisationen, Firmen, Privatpersonen, vorwiegend aus dem Wahlkreis, betreffend Bittgesuche in finanziellen und beruflichen Angelegenheiten (Soforthilfe, Lastenausgleich, Versorgung der Kriegsoffer, Besatzungs- und Fliegergeschädigten), Behebung der allgemeinen Notlage, Schul- und Kulturprobleme, Besetzung leitender Stellen in Verwaltung und Politik mit Frauen;

c) Manuskripte (und Entwürfe) Helene Weber: Aus der Steuerdebatte im Bundestag, vom 03. Juni 1951 - Schutz der Jugend, vom 23. Juli 1951.

Bestellsignatur:
ED 160 / 32

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XX

Laufzeit:
1949 -1957

Enthält: d) Bundestags-Umdrucke (1. Wahlperiode) Nr. 167-223 (mit Lücken);

e) Materialien Bundestag und CDU:

aa) allgemein (alphabetisch), unter anderem: Denkschrift der Arbeitsstelle für Betriebsseelsorge Hattingen, 1957, zur Frage der Sonntagsruhe und der Problematik der gleitenden Arbeitswoche; Niederschrift über die Sitzung des Bundesausschusses [der CDU] für "öffentliche Dienste" am 19./20. Mai 1952 in Bonn;

bb) CDU/ CSU-Fraktion (chronologisch) (Denkschriften, Anträge).

Bundestags-Ausschüsse

Bestellsignatur:
ED 160 / 33

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXI

Laufzeit:
1949 -1953

Enthält: 5. Bundestagsausschüsse (1. Wahlperiode):

8. Ausschuss (Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen): Schreiben Greiff, Bauernverband Berlin, an Helene Weber vom 27. Februar 1953: Vorschläge zu dem Problem der landwirtschaftlichen Flüchtlinge aus der SBZ;

17. Ausschuss (Ausschuss für Lastenausgleich): Korrespondenz, alphabetisch (Anfragen betr. Lastenausgleich und Soforthilfe), Materialien (chronologisch) 1949-1951, unter anderem: Protokoll der Besprechungen über ein Lastenausgleichsgesetz vom 13.-15. Mai 1950 in Unkel und Beratungsergebnisse (Vertraulich); Kommentar zum Soforthilfegesetz, vom 13. August 1950 (Umdruck).

Bestellsignatur:
ED 160 / 34

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXII

Laufzeit:
1952 -1952

Enthält: Ausschuss für Lastenausgleich, 1952, unter anderem: Entwurf eines Gesetzes über den Lastenausgleich; Zwischentext auf Grund der Beratungen des Ausschusses für den Lastenausgleich in zweiter Lesung (broschiert), hier auch: Materialien Hauptamt für Soforthilfe: Geschäftsordnung, Tätigkeitsberichte, Protokolle, Rundschreiben an die Landesämter für Soforthilfe - siehe auch Bd. 28.

Bestellsignatur:
ED 160 / 35

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXIII

Laufzeit:
1949 -1953

Enthält: 21. Ausschuss (Ausschuss für Sozialpolitik):
Materialien (unter anderem zu Mutterschutzgesetz,
Unfallversicherung, Jugendwohlfahrtsrecht, Kinderbeihilfen);

23. Ausschuss (Ausschuss für Rechtswesen und
Verfassungsrecht): Materialien aus den Beratungen des
Unterausschusses "Familienrechtsgesetz" des 23.
Ausschusses.

Bestellsignatur:
ED 160 / 36

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXIV

Laufzeit:
1952 -1952

Enthält: 25. Ausschuss (Ausschuss für Beamtenrecht):
Korrespondenz (und Unterlagen) (alphabetisch nach
Korrespondenz-Teilnehmern), 1952:
Schreiben des Bundesgrenzschutz-Verbandes vom 19. Mai
1952: Abänderungsvorschläge des Verbandes zum Entwurf
eines 2. Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des
Besoldungsrechts; Schreiben J. Flamm vom 12. Januar 1952:
Mangelnde Versorgung der geschiedenen Ehefrauen nach dem
Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz und bevorstehendem
Bundesbeamtengesetz, mit Anlagen; Schreiben O. Glaeseker
vom 15. Januar 1952: Ansuchen an Ausschuss, sich für die
Aufhebung der Sparverordnungen und damit für die finanzielle
Gleichbehandlung der Pensionsberechtigten einzusetzen,
Darstellung der bisherigen unterschiedlichen Behandlung;
Schreiben Jos. Hofmann, Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen, vom 03. Dezember 1949: Ungerechtigkeit
der Anweisung Nr. 88 der Militärregierung, Pensionen nur an im
Lande ansässige Landesbeamte zu zahlen;
Schreiben I. Ness vom 18. Dezember 1949: Forderung, § 63
DGB (Bestimmung gegen Beschäftigung verheirateter
Beamtinnen) nicht in das Bundesbeamtengesetz zu
übernehmen - Unverbindliches Antwortschreiben Helene
Webers; Schreiben Bundesverfassungs-Richterin E. Scheffler
vom 09. Januar 1952: Verschlechterung der Bedingungen für
das freiwillige Ausscheiden von Beamten nach dem Entwurf
eines neuen Bundesbeamtengesetzes gegenüber Deutschem
Bundesbeamtengesetz vom 1950; Anlage: Text vom § 148 des
oben genannten Entwurfs; Dazu: Sonderdruck aus "Neues
Beamtentum": Die beamtenrechtliche Stellung der Frau; Mit
Anhang: Das Bundespersonalamt, Vorschläge für ein
Bundespersonalamt; Von E. Scheffler und H. Krüger, ohne
Datum, Frankfurt am Main; Materialien, auch zu Gesetz über
die Regelung des Rechtsverhältnisses der unter Artikel 131 des
Grundgesetzes fallenden Angehörigen des öffentlichen
Dienstes (chronologisch) (Gesetzesvorlagen und -texte,
Anträge, Eingaben, Stellungnahmen).

Bestellsignatur:
ED 160 / 37

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXV

Laufzeit:
1949 -1950

Enthält: Ausschuss für Beamtenrecht, hier: 1949-September 1950, hier auch Denkschrift "Zur Gleichberechtigung der Beamtin", ohne Datum, unterzeichnet von Helene Weber und Anderen.

Bestellsignatur:
ED 160 / 38

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXVI

Laufzeit:
1950 -1952

Enthält: Ausschuss für Beamtenrecht, hier: Oktober 1950-1952.

Bestellsignatur:
ED 160 / 39

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXVII

Laufzeit:
1949 -1952

Enthält: 31. Ausschuss (Ausschuss für Fragen der öffentlichen Fürsorge): Materialien (Bewahrungsgesetz, Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, Schmutz- und Schundgesetz);

36. Ausschuss (Ausschuss für Bau- und Bodenrecht/Bau- und Wohnungswesen), Materialien (chronologisch), 1951/1952, unter anderem:

Ausarbeitung des Staatssekretariats im Bundesministerium für Wohnungsbau vom 04. April 1951: Finanzierungsquellen des deutschen Wohnungsbaus; Disposition Dr. Branners vom 04. April 1951 zu Referat Helene Webers über den Wohnungsbau; Text des Vortrags von Erbprinz Karl zu Löwenstein, Präsident des Zentralkomitees des Deutschen Katholikentags, bei der Sitzung des Zentralkomitees im Bundestag am 22. September 1951: Ergebnisse der Tagung katholischer Fachleute in Altenberg zum Thema Wohnungs- und Siedlungsbau; Entwurf vom 01. März 1952 zu einem Gesetz über die vorläufige Regelung der Bereitstellung von Bauland, Fassung entsprechend den gemeinsamen Beschlüssen der Ausschüsse für Bau- und Bodenrecht sowie für Wiederaufbau und Wohnungswesen.

Bestellsignatur:
ED 160 / 40

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXVIII

Laufzeit:
1950 -1950

Enthält: 40. Untersuchungsausschuss (zur Überprüfung der bisherigen Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und in das Gebiet der Bundesrepublik): Protokoll der 2.-10. Sitzung vom 21. April-18. Juli 1950;

41. Untersuchungsausschuss (zur Überprüfung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Kraftstoffvertriebs): Protokoll der 6. Sitzung vom 27. Juni 1950.

Bestellsignatur:
ED 160 / 41

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXIX

Laufzeit:
1950 -1950

Enthält: 44. Untersuchungsausschuss (Spiegelausschuss): Antrag auf Einsetzung, Mitgliederverzeichnis, Mitgliederverzeichnis und Protokoll der 7. Sitzung am 18. Oktober 1950.

Bestellsignatur:
ED 160 / 42

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXX

Laufzeit:
1955 -1956

Enthält: (2. Wahlperiode):
11. Ausschuss (Ausschuss für Kulturpolitik): "Bildung und Erziehung unserer Jugend; Schul- und Hochschulfragen in der Bundesrepublik und West-Berlin"; Zusammenstellung der Referate, die in den Jahren 1955/1956 im Bundestags-Ausschuss für Kulturpolitik gehalten wurden.

Bestellsignatur:
ED 160 / 43

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXXI

Laufzeit:
1955 -1956

Enthält: 16. Ausschuss (Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsrecht): Materialien (Protokolle, Informationen);

21. Ausschuss (Ausschuss für Wirtschaftspolitik): Entwurf eines 4. Bundesgesetz zur Änderung der Gewerbeordnung (Bundestags-Drucksache 2681).

Europarat

Bestellsignatur:
ED 160 / 44

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXXII

Laufzeit:
1947 -1954

Enthält: 35. Ausschuss (Ausschuss für Berliner und Gesamtdeutsche Fragen): Materialien (alphabetisch nach Provenienz), unter anderem:
Bemerkungen [des Bundesministerium der Justiz] vom 23. September 1949 zur Frage des Sitzes des Bundespatentamtes; Magistrat von Großberlin, Abteilung Sozialwesen: Materialien betreffend Soziale Lage, Unterstützungsrichtsätze, Jugendfürsorge und -förderung, Gerichtshilfe und Straftlassenenfürsorge, Flüchtlingshilfe, Notmaßnahmen Winter 1949/1950; Magistrat vom Großberlin, Abteilung Wirtschaft [und Finanzen]: betreffend Kriegszerstörungen und sowjetische Beute-Demontagen, Wirtschaftliche Lage, Auswirkungen der Währungsreform und der Blockade, Finanzierung der Luftbrücke, Arbeitslosigkeit, Steuer- und Haushaltsangelegenheiten; Denkschrift "Die Versicherungsaufsicht in Deutschland", ohne Datum, Begründung der Vereinigung der Versicherungsbetriebe in Berlin e.V. für die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen in Berlin; Wirtschaftsrat; Verwaltung für Finanzen, Bad Homburg: Referentenaufzeichnung vom 31. Oktober 1949 für den Berlin-Ausschuss über die finanzielle Lage Berlins;

6. Europarat:

Unterlagen (chronologisch) (1947) 1949-1954 betreffend europäische Zusammenarbeit und soziale Fragen, Kriegsgefangenen- und Kriegsversehrtenprobleme; Wohnungsfragen, Vollbeschäftigung, Beziehungen Europarat-OEEC, Debatten einzelstaatliche Parlamente über europäische Fragen und ähnliches.

Bestellsignatur:
ED 160 / 45

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXXIII

Laufzeit:
1949 -1951

Enthält: Unterlagen Europarat, hier: (1947) 1949-1951, unter anderem:

Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers der Europa-Liga, Th. Merten, von Juni 1947: Aktivitäten der Paneuropa-Bewegung; Schwierigkeiten bei der Einigung der europäischen Verbände; Leitsätze des Kongresses der Europäischen Föderalistischen Union in Amsterdam;

3. Kongress der Europäischen Parlamentarier-Union von 19.-22. September 1949 in Venedig; Einladung, Tagungsprogramm. Wirtschaftliche Resolution der Konferenz. Bericht des Generalsekretär R. Coudenhove-Kalergi "Nach Strassburg": Vorarbeit und Anteil der Parlamentarischen-Union an der Bildung des Europäischen Parlaments, hier auch Statuten und Programm der Europäischen Parlamentarischen-Union;

Bericht über die Teilnahme der Delegierten des Bundestages an der 2. Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 07.-28. August 1950;

Note d'information concernant la question des Prisonniers de guerre detenus en France. Information zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, vom 15. September 1950:

Wünsche und Bitten von deutscher Seite; Deutsch und französisch, Dazu: Unterlagen [Behling];

Memorandum (Französisch, Traduction) [an den Europarat] über die Bildung eines Europäischen Fonds für Wohnungsfinanzierung in den Mitgliedsländern des Europarats, Bonn, vom 12. Juni 1951; Anlage: Denkschrift über Finanzierungsquellen des deutschen Wohnungsbaus, Bonn, vom 04. April 1951;

Schreiben Bundestags-Abgeordneter Carl von Campe vom 16. Juni 1951 mit Anlagen (Abschrift), unter anderem Stellungnahme von Campes: Beitrag zum Projekt eines Europäischen Fonds zur Wohnungsbaufinanzierung in den Mitgliedsstaaten des Europarats;

Protokoll vom 27. September 1951 über die Sitzung der deutschen Vertreter in der Beratenden Versammlung des Europarats am 26. September 1951 im Bundeshaus, Bonn;

Schreiben Dr. Fischer-Dieskau, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Wohnungsbau, vom 23. November 1951: Projekt eines Europäischen Fonds zur Wohnungsbaufinanzierung, Probleme der

Flüchtlingsbehausung; Anlagen, unter anderem Abschrift eines Schreibens des Bundesministeriums für Wohnungsbau an Bundesministerium für den Marshallplan vom 13. November 1951 mit Skizze von Leitgedanken über die Entwicklung des deutschen Wohnungsbaus im Rahmen des wirtschaftlichen Entwicklungsprogramms der nächsten fünf Jahre.

Bestellsignatur:
ED 160 / 46

Titel: auf parlamentarischem Gebiet, XXXIV

Laufzeit:
1952 -1953

Enthält: Unterlagen Europarat, hier: 1952-1953, unter anderem:

Stellungnahme (Auszug von Abschrift) des Bundesministeriums für Wohnungsbau vom 23. Mai 1952 zum Fragebogen der gemischten Unterkommission "Wohnungsbaufinanzierung" des Europarats vom 06. Dezember 1951 über die Bildung eines europäischen Bodenkreditinstituts;

Gegenüberstellung (ohne Verfasser) Deutschlandvertrag - EVG-Vertrag -Versailles [Juli 1952]; Mit Anlage: Äußerungen von SPD- und DNV-(bzw. NSDAP-)Abgeordneten zum Europaproblem - Auszüge aus den Reichstagsprotokollen); Bericht [der Legation de la Sarre, Paris]: Les elections du 30 Novembre 1952 en Sarre telles qu'elles ont ete vues par les Representants de la Presse Internationale. Discussion entre journalistes sarrois et etrangers, Radio-Sarrebruck, 01. Dezember 1952;

Bericht H. von Brentano über Entwurf zur Europäischen politischen Gemeinschaft, Beratende Vers. des Rates, 14. Januar 1953;

Bericht Louise Schröder über die Sitzung zwischen Delegierten der Sozialen Kommission des Europarats und der OEEC in Paris am 12. März 1953 in Paris; Beitrag der ehemaligen kommunistischen Reichstags-Abgeordneten Reese;

Ein Vorschlag zur Räumung von Flüchtlingslagern und Unterbringung von Ostflüchtlingen, von Dr. Gerstenmaier, Stuttgart, April 1953 (Denkschrift bezieht sich auf Ausführungen Dr. Gerstenmaier auf Delegationssitzung vom 28. April 1953; Referat (Hauptpunkte) Frau H. Wessel auf der Friedenskundgebung am 22. Mai 1952 in Bonn; Dazu: Materialien des Westdeutschen Kreises der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und zur Weltfriedenstagung in Budapest vom 15.-20. Juni 1953.

Privata

Bestellsignatur:
ED 160 / 47

Titel: C. Persönliches
I. Gedichte und II. Korrespondenz

Laufzeit:
1918 -1980

Enthält: I. Gedichte Helene Webers:

Album mit Versen "Tiere sprechen", Frauenbundhaus in Essen zu Weihnachten 1936 gewidmet;

7 Gedichte zu Motiven auf Bildpostkarten - Dazu: Brief der Abgeberin Luise Bardenhewer vom 13. August 1980 mit Charakterisierung Helene Weber;

II. Korrespondenz:

1. Briefe Helene Weber an L. Bardenhewer 1918-1934; 2. Korrespondenz Helene Webers betreffend Schicksal ihres Bruders 1949/ 1950; 3. Varia:
Korrespondenz betreffend Adam Stegerwald, 1949;
Korrespondenz betreffend Entnazifizierung Ministerrat Kurt Richter, 1948.

Weber, Helene

Bestandsbeschreibung

Sozial-Karitativ

Fürsorgeverein

Müttergenesungswerk

Zentrum/ CDU

Allg. u. Wahlkampf

Frauenausschuss CDU/ CSU

Parlamentarisch

Zonenbeirat

Parlament. Rat

Bundestag

Bundestags-Ausschüsse

Europarat

Privata

0

Adenauer, Konrad	4, 8, 12, 13
Amelunxen, Rudolf	8
Arnold, [?]	12
Bardenhewer, Luise	47
Baum, [?]	1
Becker, H[?]	29
Behling, [?]	45
Berger, H[?]	23
Bitter, W[?]	13
Blankenhorn, Herbert	12
Böhler, Wilhelm Johannes	12, 23
Bosch, F[?] W[?]	29
Bourscheidt, K[?]	12
Branner, [?]	39
Bredow, Hans	21
Brentano, Heinrich von	12, 23, 46
Brüning, Heinrich	2
Busley, [?]	13, 21
Campe, Carl von	45
Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus	45
Deneke, J.F.V.	13
Egbring, C[?]	12
Erdmann, [?]	29
Finck, A[?]	12
Fischer-Dieskau, Dietrich	45
Flamm, J[?]	36
Frings, Joseph	23
Furtkams, M[?]	11

Gausepohl, [?]	12
Gerstenmaier, Eugen	46
Glaeseker, O[?]	36
Greiff, [?]	33
Groener-Geyer, Dorothea	23
Gronowski, Johannes	8
Grundel, H[?]	12
Haußleiter, August	10
Heinemann, Gustav	12
Helmig, [?]	2
Hobbing, [?]	2
Hofmann, Josef	36
Kaiser, [?]	9
Koch, Anton	13
Körner, M[?]	11
Krüger, H[?]	36
Krug, C[?] L[?]	1
Lang-Brumann, Thusnelda	10, 24
Lansen, Joseph	21
Lehr, Robert	23
Lensing, L[?]	12
Löwenstein, Karl zu	39
Mayer, Josef	24
Merten, Th[?]	45
Meyer, Ernst Wilhelm	17
Meyer-Spreckels, Elisabeth	10
Nachtwey, H[?] J[?]	30
Nebgen, Elfriede	10
Polligkeit, [?]	1

Probst, Maria	21
Prüfer, G[?]	21
Pünder, Hermann	4
Reese, [?]	46
Richter, H[?]	30
Richter, Kurt	47
Rist, Luise	11
Roeger, Stefanie	7
Rottenburg, [?] von	13
Schäfer, Hermann	13
Schäffer, [?]	29
Scheffler, Erna	30, 36
Schmalz, E[?]	12
Schroeder, Louise	46
Sevenich, Maria	11, 12
Spieker, [?]	12
Stegerwald, Adam	47
Strauß, Walter	29
Stricker, Fritz	12
Stür, W[?]	29
Süsterhenn, Adolf	23
Wagler, M[?]	30
Weber, Helene	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47
Wegener, [?]	12
Wessel, Helene	12, 46
Widmer, [?]	13

Wopperer, Anton

24

Zeiger, Ivo A.

12

0

Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag e.V. (AFSET)	2
Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände Köln	12
Bischöfliche Hauptarbeitsstelle für Männerseelsorge in den deutschen Diözesen	12
Bund sozialer Christen	9
Bundesanstalt für Arbeit	2
Bundesministerium des Innern	2, 9
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	2
Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	46
Christlich Demokratische Union (CDU)	4, 5, 6, 12, 13
Christlich Demokratische Union (CDU), Frauenausschuss	1, 7, 9, 10, 11
Christlich Demokratische Union (CDU), Junge Union	11
Christlich Demokratische Union (CDU), Kommunal-Politische Vereinigung	10
Christlich-Demokratischer Pressedienst (CDP)	12
Deutscher Bundestag	35, 36, 39, 43, 44
Deutscher Bundestag, Ausschuss für Sozialpolitik	35
Deutscher Bundestag, Unterausschuss	41
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	1, 2
Deutsches Patentamt (München)	44
Elly-Heuss-Knapp-Stiftung	1, 3
Entnazifizierung	47
Europarat	1, 45, 46
Evangelischer Presseverband für Deutschland e.V.	13
Frauenbundhaus Essen	47
Bischöfliche Hauptstelle für katholische Jugendseelsorge und Jugendorganisation in den deutschen Diözesen	1
Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten	29
Internationale Christliche Soziale Vereinigung (AISC)	8

Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage (1952)	46
Internationaler Rat für Jugend-Aufstieg und Selbsthilfe	29
Katholischer Lichtspielverband	13
Kirchliche Hauptstelle für Bild- und Filmarbeit in den deutschen Diözesen	13
Kloster Walberberg	1
Kölnische Rundschau (Zeitung)	8
Friedrich Krupp AG (Essen)	30
Krupp-Altenhof-Krankenanstalten (Essen)	1
Nordrhein-Westfälisches Staatsministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Düsseldorf)	13
Nordwestdeutscher Rundfunk (NWDR)	21
Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC)	44, 46
Parlamentarischer Rat	2, 24
Pestalozzi-Fröbel-Verband e.V. (Hamburg)	29
Rechnungshof des Deutschen Reiches	21
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	12
Studienstiftung des deutschen Volkes	13
Süddeutscher Rundfunk (SDR, Stuttgart)	21
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	1
Vereinigung der Versicherungsbetriebe in Berlin e.V.	44
Währungsreform (1948)	1
Weltfriedenstag 1953 (Budapest)	46
Westfalenpost (Soest)	8
Wirtschaftsrat (Frankfurt am Main)	10
Zentrum (Partei)	12
Zonenbeirat	4, 7, 13